

# Solidarität

## unsere Chance

Nummer 155

Dezember 2021

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV  
1070 Wien, Stiftgasse 8, Mail: [oesolkom@gmx.at](mailto:oesolkom@gmx.at) Web: [www.prosv.at](http://www.prosv.at) \* [www.prodemokratie.com](http://www.prodemokratie.com)

## INHALT

### Gesundheitsberufe



### KV-Abschlüsse

Teuerung frisst die Erhöhungen weg – Reallohnverlust!

### Corona

Murks der Regierung: Goldgrube für die Pharmakonzerne, Schaden für die Menschen.

### Kanzlerwechsel

Nehammer, die ÖVP und Dollfuß

### Klimakonferenz



Blah, blah, blah

### Neuerlicher Kanzlerwechsel und neuerliche Regierungsumbildung:

## Kanzler und Co wechseln, die Wirtschaft bleibt unverändert und diktiert weiter ihre Profitbedingungen – zum Schaden der Menschen!

Bereits in unserer letzten Zeitung haben wir beim Wechsel von Kurz zu Schallenberg dargelegt, dass es vor allem darum geht, Beruhigung und Stabilität für das Kapital zu erreichen.

Kurz war nicht mehr zu halten, genauso wenig wie Blümel. Beide sind mit massiven Korruptionsvorwürfen konfrontiert. Deswegen wurde schon wieder das Politpersonal ausgewechselt. Corona hin, Corona her, Hauptsache der Euro rollt für die Konzerne und Unternehmer.

Der grüne Koalitionspartner der ÖVP macht dabei im Namen von „Stabilität“ genauso mit wie Bundespräsident Van der Bellen. Alle halten sich an den Auftrag und die Wortwahl aus Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer: „Stabilität“!

Was die Wirtschaft damit meint, heißt: Den großen Unternehmen, Banken und Konzernen wird vom Staat großzügig unter die Arme gegriffen wird. Die Steuerreform mit der Senkung der Körperschaftssteuer sichert den Unternehmern Extraprofite. Minister Kocher soll durch Einführung eines „degressiven Arbeitslosengeldes“ auch in Österreich einen Niedriglohnsektor wie in Deutschland (Hartz IV) einführen. Das würde den Unternehmern Milliarden an Lohn- und Gehaltszahlungen ersparen. Der neue Finanzminister Brunner wiederum redet schon davon, dass die „Corona-Schulden“ wieder abgebaut werden müssten. Doch Reichen-, Erbschafts- oder Vermögenssteuern sind dafür keine geplant.



*Fortsetzung nächste Seite*

Gleichzeitig geht auch wieder die Propaganda von den „nicht finanzierbaren Pensionen“ von neuem los. Also soll wieder die Masse der Bevölkerung zur Kasse gebeten werden.

Dafür haben nun die ÖVP-Granden den frühere Hardliner-Innenminister Karl Nehammer als neuen Bundeskanzler auserwählt, Er soll es den Herrschenden nun richten. Egal, ob die Menschen ihn bei Wahlen wählen würden oder nicht. Wahlen werden ja sonst als das Hochamt der Demokratie gefeiert. Gewählt zu werden war z.B. in Oberösterreich wichtiger als die steigende Zahl an Corona-Infektionen, Erkrankten und Toten. Wenn es dem Kapital aber passt, muss es auch ohne Wahlen gehen, wie eben jetzt. ÖVP und Grünen, die derzeit eh nichts gewinnen würden, ist das nur recht.

Kurz ist weg, Schallenberg ist weg, Blümel ist weg, aber die neoliberal-autoritäre ÖVP-Politik mit Grün-Behübschung für die Banken und Konzerne soll um jeden Preis bleiben und fortgeführt werden.

Als Innenminister drohte Nehammer noch „mit der Flex“, um seine Ziele zu erreichen. Jetzt raten ihm seine PR-Berater, sich nett, sanft, freundlich zu geben und „Gemeinsamkeit“ zu beschwören.

Doch bei allen jetzt vorerst an den Tag gelegten sanften Worten und dem Gerede von „neuem Stil“ zeigt sich schon: Für die immer schlechter werdenden Arbeits- und Lebensbedingungen der breiten Masse der Bevölkerung gibt es keine Abhilfe.

Im Gegenteil, noch mehr Druck und Verschlechterungen. Einige Beispiele:

- Das Pflege- und Gesundheitspersonal etwa wird weiterhin im Regen stehen gelassen. Weder mehr Personal, noch höhere Einkommen. Viele verlassen aus Arbeitsüberlastung bereits ihren Beruf.
- Im kommenden Budget sind für den Gesundheitsbereich keine Erhöhungen vorgesehen.
- Das Gesundheitssystem, sei es im Spitalsbereich, sei es bei der ärztlichen Versorgung im niedergelassenen Bereich, wird trotz Corona-Pandemie weiter kaputtgespart bzw. schleichend auf Kosten der Bevölkerung privatisiert (Stichworte: Selbstbehalte, immer mehr Privatärzte statt Kassenärzten, schleppender Ausbau der Primärversorgungszentren usw.)
- Reallohnverluste durch Inflation. Die als hoch hingestellten Kollektivvertragsabschlüsse für die hunderttausenden Beschäftigten im Handel und in der Metallbranche bedeuten bei der explodierenden Inflation Reallohnverluste.
- Die Mieten, die Strom- und Heizkosten explodieren. Schon jetzt leben 1,5 Millionen Menschen in Österreich an der Armutsgrenze oder in Armut. 150.000 bis 200.000 Menschen können sich das Heizen im Winter nicht leisten!
- Egal ob Kurz, Schallenberg oder jetzt Nehammer: Ohne Unter-

brechung wurden und werden die arbeitenden Menschen mit den Corona-Maßnahmen gegeneinander aufgehetzt.

- Die Ungeimpften werden zu den alleinigen Schuldigen an der fortwährenden Corona-Pandemie gestempelt. Das soll davon ablenken, dass die Politik der Regierung an der Coronamisere schuld ist. Sie schaut zuerst auf die Interessen der Wirtschaft. Wer von denen am lautesten schreit wie z.B. die Industrie, Tourismus-, Hotelier- oder Großbauernvertreter, dem wird nachgegeben.
- Die Gesundheit der Bevölkerung ist trotz aller Beteuerungen für die Regierung zweitrangig.
- Die Pharmakonzerne reiben sich die Hände. Je länger die Pandemie dauert, umso mehr verdienen sie.



## Warum setzt die Regierung, setzt Nehammer auf die allgemeine Impfpflicht?

Das Virus wäre viel besser und nachhaltiger zu bekämpfen, wenn es Maßnahmen im Interesse der Gesundheit der Bevölkerung geben würde (siehe auch Artikel: Corona – der tödliche Murks wird fortgesetzt).

Doch genau das geschieht nicht. Warum? Bundeskanzler Nehammer sagte in ZIB-2-Interview am 12.12.2021: „Das Virus ist der Feind und es kommt in Wellen.“ Das ist eine doppelte Verschleierung. 1) Das Virus, die Pandemie, ist eine Folge der Art und Weise des die Gesundheit auch schon in Normalzeiten gefährdenden profitgetriebenen kapitalistischen, Wirtschaftens. 2) Das Virus kommt deshalb bereits in der 4. Welle – und die 5. steht vor der Tür, weil in der Pandemie der Wirtschaft statt der Gesundheit Vorrang gegeben wird. Kaum gehen die Zahlen runter, wird geöffnet auf Teufel komm heraus, und das tödliche Spiel geht von vorne los. Um davon abzulenken, werden jetzt 1) Sündenböcke benannt: die uneinsichtige Bevölkerung, die Ungeimpften und 2) die allgemeine Impfpflicht als der einzige Ausweg aus der Pandemie hingestellt, statt umfassender Ausbau von Schutzmaßnahmen, zu der auch Impfen gehört.

# Corona: Lockdown 4, 5, usw. ...?

**Die Regierung betreibt weiter ganz bewusst die Spaltung der Gesellschaft, ja die Zerstörung einer solidarischen Gemeinschaft.**

Aus Rücksicht auf die Wirtschaft (z.B. Tourismus) und auf Machterhalt (z.B. Kurz) und Wahlen (z.B. Oberösterreich) wurde nicht gehandelt. Gesundheit und Leben der Menschen sind den Herrschenden egal. Trotz mittlerweile 2 Jahren Pandemie wurden weder die Gesundheitskapazitäten ausgeweitet noch Personal und Bezahlung aufgestockt - im Gegenteil: im Budget 2022 sind keine zusätzlichen Mittel für das Gesundheitssystem vorgesehen. Dafür aber werden die Menschen zu Schuldigen gestempelt: die Jugendlichen, die Schüler\*innen, die Ungeimpften usw. Das ist eine große Ablenkung von den wahren Ursachen. Das nützt sowohl den Herrschenden in Wirtschaft und Politik immer autoritärer zu handeln als auch den Rechten und Ultrarechten (FPÖ, MFG, Identitäre und alle anderen Arten von Neonazis), denen durch die Coronapolitik von Wirtschaft und Regierung ein Teil der Bevölkerung direkt zugetrieben wird. Abgelenkt werden soll davon, dass die Menschen völlig berechtigten Zorn haben.

- Zorn auf die Unternehmer und Konzerne, die Gewinne schreiben, aber den Menschen nur Löhne, Gehälter Pensionen, Arbeitslosengeld weit unter der

wahren Geldentwertung zugehen

- Zorn auf die immer korrupter werdenden Bosse (z.B. Wirecard, BUWOG / Grasser, Casinos, ÖBAG, Novomatic usw.) und Politiker (BVT, Ibiza, Medien-Inseratenkauf, Postenschacher)

**Das ist ein übles Spiel auf dem Rücken der großen Masse der Bevölkerung – mit verteilten Rollen.**



Die Opfer dieser Profitpolitik sind Millionen arbeitende Menschen, hunderttausende Arbeitslose oder die Masse der Pensionist\*innen, die allesamt jetzt schon zu wenig zum Leben haben – bei ihnen soll weiter und noch mehr „eingespart“ werden.

Die Pandemie ist da und dauert noch weiter an. Die Herrschenden nutzen Corona als Anlass noch autoritärer ihre Profitpläne gegen die Menschen durchzubekommen. Nicht die Pandemie ist die Krise, sondern die kapitalistische Profitwirtschaft verur-

sacht ständig Krisen – eben auch die "Corona-Krise".

**Weder schützt die Impfung alleine vor der Pandemie, noch das Nichtimpfen vor Ausbeutung und Unterdrückung durch das Kapital und seine politischen Handlanger in Regierung und Opposition.**

**ÖGB und Gewerkschaften dürfen dazu nicht schweigen, sondern müssen als Gegenpol aktiv organisieren,**

**mobilisieren** und öffentlich und laut auftreten und die Ablehnung der sozialen Belastungen in den Mittelpunkt ihrer Kritik und Handlungen stellen, durch aktiven Protest, Streik, Kampf, gesundheitliche, soziale und finanzielle Verbesserungen erzwingen.

Anders wird es nicht gehen! Nur so kann auch den Rechten und Autoritären von ÖVP/Türkis bis zu FPÖ, MFG und Nazis wirksam entgegengetreten werden.

Ausbeutung, Sozialabbau, Demokratieabbau, Ausbau von Überwachungsstaat, Militarisation und Hinarbeiten der Herrschenden auf EU- und/oder NATO-Kriegsbeteiligung Österreichs, bedrohen unser Leben, unsere Gesundheit, unsere Freiheit, unsere Demokratie – nicht die Impfung.

## Die Pandemie ist nicht die Krise I

**Die Corona-Pandemie ist keine Corona-Krise.** Die Corona-Pandemie fällt nur zusammen mit der schon länger schwelenden Krise der Profitwirtschaft. Diese zeichnet sich nicht nur durch die weltweit verbreitete Art des Produzierens rund um den Erdball (Globalisierung), des Umverteils der weltweit geschaffenen immensen Wertschöpfung hin zu den Konzernen und Reichen aus. Diese Wirtschaft, die auf Ausbeutung von Mensch, Tier und Umwelt beruht, erzwingt immer unwürdiger werdende (Über-)Lebensbedingungen. Diese Art des Wirtschaftens bringt nicht nur den lebensbedrohlichen Klimawandel, Klimakatastrophen, sondern auch solche Pandemien hervor. Diese Art des Wirtschaftens und diese Politik, die diese Profitwirtschaft schützt und exekutiert, kann auch die rasende Ausbreitung der Pandemie nicht eindämmen. Sie kann nicht einmal eine Pandemie im Sinne und vor allem im Interesse des Schutzes der Gesundheit und Sicherheit der Menschen managen. Weil eben NICHT der Mensch im Mittelpunkt von Wirtschaft und Politik steht, sondern „koste es was es wolle“ der Profit - wie zuletzt sichtbar z.B. beim Impfstoff-Hin- und Her, beim Thema Testen, beim Masken Tragen usw.

*Fortsetzung nächste Seite*

## Die Pandemie ist nicht die Krise II

**Der Profitwirtschaft wird alles untergeordnet:** Sei es

- dass trotz Pandemie im Gesundheits- und Pflegebereich bei Ausstattung, Personal, Arbeitsbedingungen, Löhnen und Gehältern weiter gespart statt ausgebaut und verbessert wird und die „Held\*innen der Pandemie“ bis heute nicht einmal einen finanziellen Bonus erhalten haben
- dass z.B. Pendler aus In- u. Ausland lange nicht kontrolliert bzw. getestet wurden, sei es, dass am Arbeitsplatz bis heute zum Teil schleißig bzw. selten kontrolliert bzw. getestet wird, damit die schlecht bezahlten Arbeitskräfte in den großen Firmen ungestört und z.T. auch schwarz ihren Job ableisten können.
- dass z.B. die Seilbahn- und Hotelkaiser ungestört ihr Wintergeschäft betreiben können, koste es was es wolle – siehe z.B. Ischgl. Heuer im Lockdown in Österreich dürfen ja die Seilbahnen etc. dennoch fahren, doch die Lokale haben zu. Kein Problem, die Ischgl-Seil-Bahnen „führen“ ihre Kunden dann über'n Berg in die Schweiz wo alles – auch die Restaurants – offen hat. Die Tourismusoligarchen haben ihren Gewinn, das Virus fährt dann per Ski oder Gondel nach Ischgl ab ins Tal. Welche Gaudi – wen stört es – eventuell jene, die dann mit Covid ins Spital abfahren.

Die Pandemie bringt vor allem wieder den großen Konzernen verschiedenste Subventionen: z.B. die **Corona Hilfsmilliarden** – zwei Drittel (42 Milliarden) für die Unternehmen, ein Drittel (21 Milliarden) für die Arbeiter\*innen und Angestellten, bei den Kosten ist es umgekehrt. Abgesehen davon finanzieren ja die Unselbstständigen mit ihren Steuern über 80% des Gesamtbudgets des Staates und damit auch ungefragt die Milliarden für die Konzerne und Reichen.

*Mehr über die Hintergründe und wer Gewinner und wer Verlierer der Pandemie ist, das haben wir schon im März 2021 analysiert. Mehr dazu im Artikel: „Die Pandemie ist nicht die Krise, die Profitwirtschaft verursacht die Krise“ [www.prosv.at/wp-content/uploads/2021/03/Die-Pandemie-ist-nicht-die-Krise-22-2-21\\_HP.pdf](http://www.prosv.at/wp-content/uploads/2021/03/Die-Pandemie-ist-nicht-die-Krise-22-2-21_HP.pdf)*

## Corona: Der tödliche Murks wird fortgesetzt!

**In mehreren zuvor erschienen Ausgaben haben wir über die ausschließlich profitorientierte, jedoch gesundheitspolitisch unverantwortliche, ja sogar lebensgefährdende Vorgangsweise unserer Regierungsverantwortlichen in Bund und Ländern berichtet.**

Leider geht es so weiter. Bis heute wird das Wesen einer Exponentialfunktion nicht verstanden und/oder ignoriert, dass sich Infektionszahlen nicht linear (z.B. 1,2,3,4...) sondern exponentiell (z.B. 1,2,4,8,16 ...) vergrößern. Es wurden deshalb gegen alle Warnungen aus der Wissenschaft nicht die steigenden nachgewiesenen Infektionen als Basis für Maßnahmen genommen, sondern die Belegung der Intensivbetten mit Covidpatienten. Diese Zahl hängt zwar direkt mit der Zahl der Infizierten zusammen, aber hinkt um bis zu 14 Tage hinterdrein. Diese Verzögerung wirkt sich aber exponentiell, wie man gesehen hat fatal auf die Zahl der Intensivpatienten aus.

**„Die Ungeimpften sind schuld!“**

Entsprechend der vom Beginn der Pandemie aufgestellten Behauptung, dass man **einzig und allein mit der Impfung** zur normalen Konsum- und Profitorganisation, zur **Normalität** unserer Gesellschaft zurückkehren könne, wurde die Erzielung einer **„Herdenimmunität“** mit immer höheren Erfordernissen an die Anzahl der Geimpften mit schnellstens, zumindest bedingt und vorläufig auf den Markt gebrachten Impfstoffen angestrebt. Von diesen blieb entsprechend der am Pharmamarkt herrschenden Macht- und Marktmechanismen letztlich nur einer übrig, dessen Wirkung jedoch monatlich abnahm und der deshalb in kürzeren Abständen wiederholt geimpft werden muss. Um die Massen zu impfen, wurde an Stelle einer erforderlichen offenen wissenschaftlichen Diskussion und breiten und aufrichten Aufklärung und Information der Bevölkerung das volle politische Marketingprogramm, von Begünstigungen bis zu Lotteriegewinnen, aber

auch Bedrohungen, wie Ausgangssperren und Arbeitsplatzverlust angewandt. Das ganze immer mit einem Ländermatch- oder Champions League Wettkampf der Länder – einmal war Israel, dann Dänemark oder Portugal vorne. Da dies nicht schnell genug ging, das Virus ansteckender wurde (Delta-Variante) und auch Geimpfte erkrankten und die Infektion weiterverbreiteten, mussten Schuldige für dieses Versagen gefunden werden.

Da man diese natürlich nicht in den Ministerien, bei den Landeshauptleuten, Seilbahn- und Fremdenverkehrskaisern oder Ausbeutern von billigen einpendelnden Arbeitsklaven gefunden werden durften, wurde das ganze Augenmerk auf die „Nichtgeimpften“ gelegt. Sie waren nun die einzig Schuldigen an dem nunmehr notwendigen 4. Lockdown. Die Pandemie der Ungeimpften wurde ausgerufen und den Geimpften wurde trotz der Tatsache, dass ihr Schutz vor Erkrankung immer fraglicher wurde, erklärt, dass sie

praktisch schon in der **Normalität** seien und ohne weitere Vorsichtsmaßnahmen, wie Masken, Abstand, Hygiene und Meidung von Ansammlungen leben könnten. Sie wurden zur Oberschicht ernannt, bei denen sich sogar ein (Übergangs)-Kanzler entschuldigte, da sie seiner Meinung nach „alles richtig gemacht hätten“.

Es blieben nun nur noch die „unschuldigen Kinder“, die auch schnellstens geimpft werden müssen und sei es vorab ohne offizielle Zulassung (off label). Dann kam das seltsame Vorpreschen Österreichs, ab Februar 2022 eine generelle Impfpflicht durchziehen zu wollen. Es wird wahrscheinlich dann auch die volle Zulassung der Europäischen Arzneimittelagentur EMA für die mRNA-Impfstoffe vorliegen.

### Impfen als Macht- und Kontrollinstrument

Impfen ist eine, neben zahlreichen anderen im Pandemiefall mögliche und auch nötige Maßnahme zur Bekämpfung. **Mit der Impfung alleine kann**, wenn sie nicht vor einer Infektion und der Weitergabe dieser schützt, der Reproduktionsfaktor (also wer wie viele weitere Personen ansteckt) nicht unter 1 gedrückt werden und damit **die Pandemie nicht beendet werden. Die 2G Regel alleine ist daher sinnlos, wenn nicht auch getestet wird. Wohl aber mit einem Bündel von Hygienemaßnahmen neben der Impfung kann eine Pandemie wirksam bekämpft werden.**

Die zuletzt getroffenen Maßnahmen und Druckmittel gegen Nichtgeimpfte helfen bei der jetzigen vierten Welle nicht, sondern sind sinnlose Machtdemonstrationen.

Es wäre viel wichtiger auf alle sich bietenden Möglichkeiten zu setzen, um die Intensivstationen zu entlasten. Das wäre z.B. der Einsatz von schon zwei in der EU zugelassenen monoklonalen Antikörpern. In Dessau (Sachsen-Anhalt) und im Münchner Klinikum rechts der Isar werden diese Antikörper bei ambulanten einmaligen Infusionen innerhalb der ersten sieben Tage nach einer Infektion an Patienten über 50 Jahre und anderen Risikopatienten unabhängig vom

Impfstatus eingesetzt und es kann so ein Klinikaufenthalt nahezu immer vermieden werden. Inzwischen ist das als Kurzinfusion möglich, die sehr schnell erfolgen kann. Zudem würden derzeit Präparate zur Subkutaninjektion – wie eine Insulinspritze – entwickelt. Die Verträglichkeit der einmalig zu verabreichenden Therapie ist sehr gut und „relevante Nebenwirkungen“ sind äußerst selten. In Berlin wird versucht, diese erfolgreiche Therapieform auch bei prakti-



schen Ärzten einzusetzen.

In Österreich wurden solche Ansätze noch nicht publik, bzw. wie der Einsatz von Tabletten in der Frühphase der Infektion sogar negativ kommentiert, obwohl Minister Mückstein in letzter Minute und unter dem Druck der Infektionszahlen den Ankauf dieser Medikamente angekündigt hat. Auch der Einsatz dieser Tabletten während der ersten sieben Tage kann, wie Daten aus Großbritannien zeigen, die Belegung von Intensivstationen massiv entlasten. Bei uns möchte man jedoch den Druck auf die Ungeimpften aufrechterhalten und glaubt, ihn durch solche Präparate zu verwässern, da nicht Geimpfte die Behandlung einer Impfung vorziehen könnten. Wichtig wäre es in der jetzigen Situation jedoch, dass die Erkrankten nicht in den Intensivstationen landen, egal ob einmal, zweimal oder dreimal oder vielleicht überhaupt nicht geimpft.

### Die 5. Welle naht!

Ähnlich wie die offiziell negativen Kommentare zu den schon zugelassenen oben erwähnten Behandlungen fallen die Beurteilungen von Impf-

stoffen mit einem anderen Impfprinzip als der derzeit fast einzig verimpfte mRNA-Impfstoff von Pfizer aus (Moderna scheint ja auch auszulaufen). Man würde eigentlich erwarten, dass Freude herrschen sollte über einen, sogar in Österreich vom französischen Hersteller „Valneva“ entwickelten **Totimpfstoff**, der nicht nur ein altbewährtes Wirkprinzip und damit eine breitere Immunantwort und vielleicht auch eine längere Wirksamkeitsdauer und

auch eine höhere Sicherheit bei Kindern und Menschen mit

Autoimmunerkrankungen bringen könnte. Am Wiener Standort betreibt Valneva Forschung und Entwicklung sowie Qualitätssicherung. Auch ein weiterer „Totimpfstoff“ auf Proteinbasis (Novomax), ein ebenfalls recht erprobtes Impfprinzip, stößt eher auf skeptisch ablehnende Resonanz bei den Verant-

wortlichen und Meinungsmachern. Aber das offizielle Programm scheint zu sein:

Kinderimpfung, Impfpflicht mit dritter und vierter Impfung mit Pfizer und wenn das **die fünfte Welle** im nächsten Jahr auch nicht eindämmt, dann können zusätzlich in den ersten sieben Krankheitstagen die dann schon zugelassenen Tabletten von Pfizer eingenommen werden.

Wie es heute aussieht, ist bei der 5.Welle auch schon die noch problematischere O(mikron) Virusvariante voll aktiv. Wieder einmal war Tirol die Eintrittspforte dieser Virusvariante in Österreich. Hier, wo ja auch schon eine brisante englische Variante von britischen „Skilehrern“, eine südafrikanische Variante von Golf-Hotellies und eine einheimische Tiroler Mutation ihre Österreichpremiere abhielten. Aber auch in Kärnten wird trotz höchster Inzidenzwerte im Bundesländervergleich mitten im Lockdown, die Skisaison mit allen Liften und Seilbahnen eröffnet. **Der tödliche Murks wird also unaufhaltsam fortgesetzt.**

(aus: Gewerkschafter\*innen gegen Atomenergie und Krieg, Nr. 4/2021)

**Kaum ist der neo-autoritäre Star Kurz weg, schaut auch schon wieder der Austrofaschist Dollfuß unter den Rücken der ÖVP hervor.**

Unter Kurz wurde das Bild von Dollfuß aus den ÖVP-Klubräumlichkeiten entfernt – wohl deswegen, weil er selbst autoritäre Lichtgestalt spielen wollte. Nicht umsonst hat sich Kurz in der ÖVP alle Vollmachten und Durchgriffsrechte geben lassen – auf die auch Nehammer zumindest formal nicht verzichten will. Und Kurz war – bis auf seine letzten Polit-Tage als Klubchef der ÖVP im Parlament – zuvor nie Abgeordneter des Nationalrates – wie auch seinerzeit Dollfuß. Weit hergeholt?

### **Karner und Dollfuß**

Als jetzt Gerhard Karner – Bürgermeister aus Texingtal in NÖ mit einem Dollfuß-Museum seit 1998 – Innenminister wurde, brauchte es Tage, dass sich die ÖVP zu dieser Dollfuß-Pilgerstätte und wie sie zu Dollfuß stehe, äußerte. Karner sagte, man werde das Museum „evaluieren“. Er sei ein Demokrat und gegen jeglichen Antisemitismus.

Doch als Geschäftsführer der Pröll-ÖVP-NÖ bezeichnete er vor einigen Jahren „die Herren aus USA und Israel“ als „Klimavergifter“ und die „Dummheit der Grünen“ als „unerträglich“. Wenn ein Normalsterblicher die USA oder Israel wegen deren Politik so kritisiert, gilt das gleich als antidemokratisch und antisemitisch. Offensichtlich gelten für ÖVP-Politfunktionäre und Innenminister sowie für Normalbürger zweierlei Maßstäbe. Karner war unter ÖVP-Schüssels Schwarz-Blau-1-Regierung ein enger Mitarbeiter des damaligen Innenministers Ernst Strasser, der vor seinem Wechsel ins EU-Parlament und seiner Verurteilung wegen Bestechlichkeit das Ministerium durch die Zusammenlegung von Polizei und Gendarmerie zu einer ÖVP-Hochburg umgebaut hatte.

Auch der neue ÖVP-Bundeskanzler Nehammer, der auch wieder „christlichsoziale“ Werte in den Mittelpunkt stellen will, äußerte sich zu Dollfuß.

Doch zuvor, zur Erinnerung, muss man ergänzen, dass Dollfuß Chef der Christlichsozialen Partei (CS) war, der Vorläuferpartei der ÖVP.

**Lernen Sie Geschichte, Herr Bundeskanzler:**

# **Dollfuß und die ÖVP**

## **Blick in die Geschichte**

Schaut man in die Geschichte, muss man sagen, dass Dollfuß 1933 mit der Ausschaltung von Parlament und Verfassungsgerichtshof (Staatsstreich), dem Verbot von Parteien und Gewerkschaften, der Errichtung einer klerikal-faschistischen Diktatur (Austrofaschismus) und dem Befehl an Militär und Polizei im Februar 1934 auf Arbeiter zu schießen, zu töten und mit Standgerichten Hinrichtungen durchzuführen, das schlimmste Beispiel von Machtmissbrauch und Machtrausch der ÖVP-Vorgängerpartei ist.

## **Zwischen dieser „alten“ Christlichsozialen Partei (CS) und der ÖVP nach 1945 gibt es keine chinesische Mauer.**

Das beweist zum Beispiel Julius Raab. Als Abgeordneter der CS legte er am 18. Mai 1930 als Führer der paramilitärischen niederösterreichischen Heimwehr den „Korneuburger Eid“ ab, in dem der „westliche demokratische Parlamentarismus“ und der Parteienstaat „verworfen“ wurden. Raab gründete 1931 eine eigene „Niederösterreichische Heimwehr“, die im Mai 1932 in den „Ostmärkischen Sturmsharen“ aufging. Diese forderten eine „christliche, organisch aufgebaute Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung“, den „christlichen Volksstaat“ und somit die „selbsttätige Ausschaltung der Vorherrschaft des Judentums“. Er war auch Funktionär der „Vaterländischen Front“ der austrofaschistischen Diktatur.

Entsprechend der christlichsozialen Ideologie war er damals auch ein ausdrücklicher Antisemit. Als CS-Abgeordneter beschimpfte er den Sozialistenführer Otto Bauer in einer Parlamentssitzung 1930 als „frechen Saujud“. Nahtlos machte Raab nach 1945 in der ÖVP folgende Karriere: 1945 war er maßgeblich an der Gründung der ÖVP und des ÖVP-Wirtschaftsbundes beteiligt und dessen erster Präsident. Weiters: ÖVP-Klubobmann (1945-1953), Wirtschaftskammerpräsident (1946-1953

und 1961-1964), ÖVP-Bundeskanzler (1953-1961).

Und Raab ist bei weitem nicht der einzige mit so einer Vorgeschichte ...

## **Dollfuß weiter im Kopf**

Dollfuß hängt jetzt zwar nicht mehr im ÖVP-Parlamentsklub und soll laut Nehammer dorthin auch nicht mehr zurückkehren. Trotzdem wird Dollfuß im Museum der ÖVP-Gemeinde Texingtal weiter gehuldigt, der Austrofaschismus nach wie vor verharmlost. Dollfuß ist zwar im ÖVP-Klub weg, aber war und ist noch bei vielen ÖVP-Granden im Kopf.

**Dieser Hang zum Machtrausch mit autoritären, diktatorischen Zügen zeigt sich in der ÖVP immer dort wo sie dazu eine Möglichkeit sieht, zugreifen zu können.** So war es

- bei Wolfgang Schüssel (als Dritter bei den Wahlen 1999 machte er sich zum Bundeskanzler im Jahr 2000)
- bei Kurz durch autoritäre Machenschaften (Durchgriffsrecht in der Partei, öffentlich inszeniertes Auftreten als „Heilsbringer“, Entfernen von Mitterlehner als ÖVP-Vizekanzler und SPÖ-Kanzler Kern durch Medien-Meinungsdiktatur per mittlerweile bekannt gewordenen manipulierten Umfragen und millionenschweren Inseratenvergaben)
- bei Schallenberg und Nehammer (ohne neue Wahl mittels Unterstützung der Grünen vom Bundespräsidenten zum Bundeskanzler gemacht)
- und nochmals bei Nehammer, der Migration, Islam, Terror oder Corona zum Anlass nahm, als Law & Order-Hardliner Überwachungsstaat, Stasi und Polizei auszubauen wie noch nie

## **Nehammers Haltung zum Austrofaschismus**

Als nun Nehammer im ZIB-2-Interview am 12. 12. 2021 gefragt wurde wie er zu Dollfuß stehe, antwortete er nach anfänglichem Hin- und Her- und

Herumreden und auf Nachfragen so: „Engelbert Dollfuß war ein Austrofaschist – im Kontext der Zeit“. Also nur zurückblickend? Nur damals? Heute wäre Dollfuß das also wiederum nicht? Oder wie? Da ist sie wieder, die Einschränkung, die Relativierung – wie das auch schon FPÖ-Haider oder FPÖ-Kickl betrieben und betreiben.

Und Nehammer weiter, quasi als entschuldigende Begründung und gleichzeitig angriffige Schuldzuweisung an die Sozialisten, der Vorgängerpartei der SPÖ, für die – so Nehammer – in den 1930er Jahren herrschenden undemokratischen und gewaltbereiten Zeiten: „Der Austromarxismus war eine große Bedrohung“.

Tatsache ist jedoch, dass die Christlichsozialen, also die Konservativen, nach der Niederlage im 1. Weltkrieg und den durch die Kämpfe der Arbeiterschaft erzielten Einfluss und sozialen Errungenschaften, zur Beseitigung des „revolutionären Schutts“ wie die CS sagten, zur Wiedererrichtung der bürgerlich-konservativen Herrschaft bereits 1919 die paramilitärischen Heimwehren

gründeten. Der Republikanische Schutzbund der Sozialisten war eine Antwort auf die Heimwehren und wurde erst 1923/1924 gegründet. So wird klar von wem die Bedrohung für die Demokratie ausging. Das sollte eigentlich der Berufssoldat wissen, der auch bei Prof. Filzmaier den Universitätslehrgang Politische Kommunikation besucht hat.

Es ist die übliche Methode von Rechten und Autoritären von der Haider-FPÖ, bis zur Kickl-FPÖ und eben auch von der ÖVP wie zuletzt unter Kurz, Schallenberg und jetzt Nehammer ständig zu sagen: Schuld sind die anderen, wegen derer man zu „harten Maßnahmen greifen müsse“.

Damit wird verschleiert, dass die Herrschaftspolitik, der Kapitalismus mit seinen Krisen, Konflikten und Kriegen, Terror, Klimakatastrophe und Pandemien provoziert und Elend, Flucht vor Zerstörung, Krieg und Klimawandel hervorbringt. Wer diesem Weg der ÖVP, die Politik für die Herrschenden macht, nicht folgt, steht außerhalb des Gesetzes. Und genau das ist der Grund, wieso noch rechter stehende Parteien wie die FPÖ und

extrem rechtsstehende Gruppierungen wie Identitäre und Nazis aller Sorten sich als „Retter der Freiheit“ z.B. bei der Corona- oder Flüchtlingsproblematik aufspielen können. Wobei man sagen muss, dass genau die ÖVP von Kurz, Schallenberg und Nehammer gerade beim Thema Migration, Islam, Terror oder Flüchtlinge schon längst die FPÖ eingeholt hat. Außer Kosmetik ist da eine echte Haltungsänderung nicht in Sicht und auch nicht vorgesehen.

Dass wenig Unterschied zwischen ÖVP und FPÖ ist, zeigt die Kurz-Strache-Kickl-Koalition mit den massiven Angriffen auf Sozialstaat, Institutionen und Demokratie. Geplatzt ist die ÖVP-FPÖ-Koalition nicht an diesem Abbau- und Zerstörungsprogramm. Das Ibiza-Video war der Anlass. Was Strache träumte, machten Kurz und Co real (siehe ÖBAG/Schmid, Novomatic, Einfluss auf Kronen-Zeitung, Casinos Austria, BVT, Justiz, usw.).

Die Grünen setzen dem aus Machtteilhabe nichts entgegen – sind auch zu Dollfuß stumm. Sie halten der ÖVP mit und bei den Kanzlerwechseln und damit dem Kapital die Stange.

**Versprochen:**  
Sozialversicherung IV  
Leistungsharmonisierung  
**Tatsache:**  
Die Leistungen der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten werden nicht an die der Beamten, Bauern und Selbständigen angehoben

**Versprochen:**  
Sozialversicherung III  
Keine Leistungskürzung bei der AUVA  
**Tatsache:**  
Kürzung der Dienstgeberbeiträge um 500 Mio. Euro.

**Versprochen:**  
Sozialversicherung I  
Patientenmilliarde  
**Tatsache:**  
Die Zusammenlegung in der Sozialversicherung (Gebetskrankenkassen, GKKs) kostet 2 bis 3 Milliarden Euro, 1/3 der SV-Beschäftigten soll nicht nachbesetzt werden. Die Folgen: Selbstbehalte, weniger Ärzte, weniger Leistung.

**Versprochen:**  
Neue Gerechtigkeit II  
**Tatsache:**  
Die 1% der Reichen und Superreichen, die Konzerne und Banken – sie gefährden den Sozialstaat, nicht die 1% Kriegsflüchtlinge (90.000 = ein Stadion voll = 1% der Bevölkerung), die 2015 nach Österreich kamen.

# Kurz-Nachruf



**Versprochen:**  
Karfreitag:  
Niemandem wird etwas weggenommen  
**Tatsache:**  
Streichung des Feiertags durch Eingriff in den Generalkollektivvertrag

**Versprochen:**  
Sozialversicherung II  
Keine Privatisierungen  
**Tatsache:**  
Ausverkauf an die Wirtschaft durch Umfärbung der Selbstverwaltung. Noch mehr Öffnung der Sozialversicherung für Privatversicherer, z.B. VIP-Ambulanzen. Mehr Förderung von Privatspitälern. Die Folge: Nachteile für Kassenpatienten (Arbeiter und Angestellte in den GKKs – künftig ÖGK).

**Versprochen:**  
Neue Gerechtigkeit I  
**Tatsache:**  
12-Stunden-Tag. Diktat der Firmenchefs statt „Freiwilligkeit“. Mehr Arbeiten, weniger Geld.

**Versprochen:**  
Neue Fairness I  
**Tatsache:**  
„Familienbonus“: Kinder von Eltern mit ab 3.000 Euro Monatsbrutto sind der Regierung 1.500 Euro im Jahr wert, Kinder von Eltern mit z.B. 1.200 Euro Monatsbrutto nur rund 250 Euro.

# Joe Biden treibt die Kriegsvorbereitungen der USA gegen Russland voran

US-Präsident Joe Biden hat auf einer Telefonkonferenz am 8. und 9. Dezember sowohl mit dem ukrainischen Präsidenten als mit den neuen NATO-Partnern vom Baltikum bis zum Balkan (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen) die „Ukraine-Krise“ besprochen. Dabei ging es u.a. um die militärische Stärkung dieser 10 Staaten durch die USA gegen, wie er sagt, die „Bedrohung durch Russland“.

Dann hielt Biden einen sog. „Demokratiegipfel“ mit 111 Staatenkernern ab. Er drohte Putin unter dem Vorwand für Demokratie, Pressefreiheit und gegen Menschenrechtsverletzungen und Korruption einzutreten, mit beinharten Wirtschaftssanktionen und dem Ende der Nord Stream 2 Pipeline.

Joe Biden behauptete auch, Russland bedrohe die Ukraine und plane Militäroperationen, ja einen Angriff auf die Ukraine.

## Was hat Russland getan?

Russland hat zehntausende Soldaten auf seinem Territorium – zum Teil an der Grenze zur Ukraine – zusammengezogen und ein Wintermanöver begonnen. Russland sucht sich gegen die Kriegsvorbereitungen samt Angriffsplanungen der USA bzw. der mit ihr verbündeten Staaten in- und außerhalb der NATO zu schützen.

Putin hatte am 1. 12. 2021 bei einer Rede in Moskau verlangt, dass konkrete Vereinbarungen mit den USA ausgearbeitet werden, „die jedes weitere Vorrücken der NATO nach Osten und die Stationierung von bedrohlichen Waffensystemen in unmittelbarer Nähe des Gebietes der Russischen Föderation ausschließen“.

Denn es ist genau umgekehrt. **Nicht Russland bedroht Europa! Es sind die USA mit ihren NATO-Hilfswilligen samt den Staaten der EU, die Russland seit langem in Europa und Asien bedrohen. Russland ist, neben China, nun schon seit Mitte**

**der 1990iger Jahren die Zielscheibe der US-Politik.** Diese seit langem andauernde Medienkampagne ist eine einzige „Fake News“-Welle, um ein Bedrohungsszenarium zu schaffen, um die aggressive US-Außenpolitik als „Verteidigung“ des Westens durch die USA/NATO zu bemänteln.

Dass Russland uns bedroht, das ist tagtäglich wiederholte, bewusste Lügenpropaganda der USA, ebenso wie in Europa, wodurch auch wir im neutralen Österreich auf **Krieg eingestimmt werden sollen.**



*Betrachten man nur die Landkarte, dann wird schnell klar, wer der Angreifer und wer der Angegriffene ist!*

■ = Nato-Stützpunkte

## Ein Blick auf die Landkarte zeigt, wer wem bedroht!

Schaut man sich nur die Landkarte an, so wird sofort klar: Außer China und dem Iran, dem ja die USA lieber heute als morgen an den Kragen wollen und gegen den die USA einen Krieg planen, um dort eine ihnen genehme Regierung an die Macht zu putschen, wird Russland fast an allen seinen Grenzen von NATO-Staaten oder Staaten mit US-Militärstützpunkten, Raketenstellungen umzingelt.

Hunderte Atomraketen sind auf Russland gerichtet. Das offizielle Heeresbudget der USA beträgt

jährlich ca. 650 Milliarden Dollar, mit den anderen NATO-Staaten zusammen ca. 1.000 Milliarden Dollar. Die riesigen US-Militärausgaben für ca. 800 US-Militärstützpunkte auf der ganzen Welt, für die Besatzungstruppen bzw. sonstige Truppen in all den Staaten, wo US-Soldaten stationiert sind usw., sind hier noch gar nicht enthalten. Russlands Heeresbudget beträgt ca. 60 Milliarden Dollar, also  $\frac{1}{10}$  des US-Militärbudgets bzw.  $\frac{1}{17}$  des Heeresbudgets aller NATO-Staaten.

*Man nehme einen Atlas zu Hand und markiere die folgenden Länder: Japan, Südkorea, Pakistan, Afghanistan, Usbekistan, Kasachstan, Turkmenistan, Türkei, Kirgistan, Armenien, Ukraine, Georgien, Aserbajdschan, Moldawien, Polen, Rumänien, Ungarn, Slowakei, Lettland, Litauen, Estland, Bulgarien.*

*In allen diesen Ländern gibt es US-Raketenstellungen oder ähnliche militärische Einrichtungen.*

## Russland ist seit 30 Jahren in der Defensive

Russland hat wirtschaftlich und militärisch nie die Stärke, den Westen anzugreifen und das durchzustehen. Hätte Russland keine Atomwaffen, hätten es die USA wohl längst erobert. Die USA und die EU-NATO Staaten bedrohen Russland in seiner Existenz!

## Ukraine – Brückenkopf der USA

Die USA haben in der Ukraine nach eigenen Angaben 5 Milliarden Dollar investiert um dort 2014 den gewählten Präsidenten zu stürzen und eine ihnen genehme Regierung an die Macht zu bringen, Deutschland hat dabei kräftig mitgeholfen.

**Ziel dieses von den USA geführten Putsches war und ist es, durch NATO-Truppen in der Ukraine größere russische Truppenkontingente längerfristig zu binden. Die Ukraine hat eine 1.500 km lange Grenze mit Russland. Letztlich ist es das Ziel, die Ukraine als wesentliches Einfallstor für einen längst geplanten Angriff einer USA/NATO/EU geführten Interventionsarmee zur Eroberung Russlands zu nutzen.**

Das Pentagon erklärte schon im Dezember 2017 ganz offen, dass es Russland und China als Ziele ansieht und dass man bereit sei atomare Gewalt in einem konventionellen Krieg einzusetzen! Seit mehr als 10

Jahren finden regelmäßig USA/NATO geführte Manöver sei es z.B. in Norwegen, sei es in Ost- bis Südosteuropa statt. Zuletzt fand im Mai und Juni 2021 eines der größten NATO-Kriegs-Großübungs-Manöver seit dem Kalten Krieg statt. Es hieß „Defender Europe 2021“ und reichte von Nord-, über Ost- bis Südosteuropa. 28.000 Soldaten aus den USA sowie aus NATO- und (Nicht-NATO) Partnerländern wie Ukraine oder Georgien, nahmen daran teil.

### US-Expansion statt „Europa-Verteidigung“

Laut Homepage des US-Militärs zeige dieses Großmanöver die Fähigkeit der USA und der NATO, „als strategischer Sicherheitspartner auf dem westlichen Balkan und in der Schwarzmeerregion zu dienen und gleichzeitig unsere Fähigkeiten in Nordeuropa, dem Kaukasus, der Ukraine und Afrika zu erhalten“ (<https://www.europeafrica.army.mil/DefenderEurope/>)

Während jetzt andauernd vom

russischen Militäraufmarsch die Medien voll sind, war von diesem großangelegten USA/NATO/EU-Militäraufmarsch gegen Osten von Norden bis Süden Europas nichts zu hören. Und das obwohl dafür **völlig neutralitätswidrig** auch Österreichs türkis-grüne Regierung **USA/NATO-Truppentransporte durch Österreich mit Bundesheer-„Begleitschutz“** genehmigte.

Von all diesen wirtschaftlichen und militärischen Plänen zur USA-NATO-„Osterweiterung“, also Kriegsplänen, soll die ständige Propaganda von der Bedrohung des Baltikums, Polens und der Ukraine durch Russland oder der „Demokratie-gipfel“ Bidens ablenken.

**Österreich als neutrales Land darf dabei weder im Rahmen der EU noch direkt mit der NATO mitmachen.** Im Gegenteil: Österreich als neutrales Land muss diese Mächtschaften der Kriegstreiber aufdecken und verurteilen sowie gegen diese Kriegspläne aktiv auftreten.

## 66 Jahre NEUTRALITÄT – moderner und wichtiger denn je!



Am 26. Oktober 2021 fand unsere Kundgebung und Verteilaktion zum 66. Jahrestag der Neutralität Österreichs statt. Unsere Losungen: Neutralität statt Kriegshetze und Kriegsteilnahme! NEIN zur EU- und/oder NATO-Aufrüstung und der Teilnahme Österreichs daran! Im Flugblatt und in Gesprächen zeigten wir auf, wie Bundeskanzler Schallenberg oder Bundespräsident Van der Bellen im krassen Gegensatz zur verfassungsmäßigen Neutralität Österreichs nicht nur bei der EU-Aufrüstung, sondern auch bei den von den USA bestimmten NATO- Kriegsvorbereitungen mitmachen. Doch dabei hat Österreich nichts verloren. „Wir brauchen kein Bundesheer für die Teilnahme an neuen Kriegen! Wir brauchen ein Bundesheer, das unsere Neutralität verteidigt! **Wir brauchen eine breite Bewegung zur Aufrechterhaltung und zur Verteidigung unserer Neutralität**“ – so die Forderung am Ende unseres Flugblattes. Das ganze Flugblatt ist abrufbar unter: [www.prosv.at/wp-content/uploads/2021/10/FB\\_26-10-21\\_HP\\_end\\_12.pdf](http://www.prosv.at/wp-content/uploads/2021/10/FB_26-10-21_HP_end_12.pdf)

# ÖGB, Neutralität und „hohe Politik“



Unter dem Titel „**Make Neutralität Great Again**“ fand eine von den „Gewerkschafter\*innen gegen Atomenergie und Krieg“ (GGAE) initiierten und vom ÖGB organisierten Veranstaltung anlässlich des 66. Jahrestages der Neutralität Österreichs statt.

Teilnehmer\*innen der Podiumsdiskussion waren: ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian (Videobotschaft), Friedensforscher Thomas Roithner (Int. Versöhnungsbund), NRAbg. Ewa Ernst-Dziedzic (Grüne), NRAbg. Robert Laimer (Wehrsprecher der SPÖ), Wilfried Leisch (GGAE), Elisabeth Kapeller (WILPF Austria), Marcus Strohmeier, Internationaler Sekretär im ÖGB. Eine Aufzeichnung kann nachgeschaut und nachgehört werden. Hier der Link: <https://www.youtube.com/watch?v=Q-PKaYXazaA&t=1490s>

Ein Teilnehmer der GGAE aus dem Publikum stellte fest: „*Österreich hat sich ja für neutral erklärt. Auch aufgrund des Staatsvertrages und der Lehren des 2. Weltkrieges. Da ging es um die Neutralität auch gegenüber Deutschland, dass nie wieder ein Anschluss erfolgen darf. Es ist sehr sensibel, die EU ist keine Garantie, dass sie immer zusammenbleibt. Wir*

*werden aber immer stärker verwoben mit der deutschen Wirtschaft. Es ist sehr sensibel. Den wichtigsten Friedensbeitrag, den wir in Europa leisten können ist, dass so eine Achse nicht wieder entstehen kann. Das heißt, dass das, was wir 1955 beim Staatsvertrag akzeptiert und auch mit der Neutralitätserklärung bekundet haben ist ja, dass wir (Österreich, Anm. d. Red.) in Europa wirklich sicherheitspolitisch eigenständig bleiben.“*

**Doch genau das findet nicht statt.** Alle Podiumsteilnehmer\*innen außer der GGAE-Vertreter sahen die Neutralität mit der EU vereinbar. Die Grünabgeordnete will die Neutralität neu beleben – was das genau heißt, sagte sie nicht – und dazu eine Enquete machen. Friedensforscher und ÖGB-Sekretär sehen einen zivilen Friedensdienst bzw. eine aktivere Diplomatie Österreichs als Neutralitätsbeitrag. Für den SPÖ-Wehrsprecher gibt es zwar „*eine Achse Berlin – Rom – Wien*“. Doch im anschließenden informellen Meinungsaustausches meinte er aber, dass es um „alles gegen die NATO“, gehe und er dazu Österreich fest in der EU verankert sehe. Also in einer EU, die aufrüstet, in der Deutschland zunehmend den Ton angeben will. Das widerspricht total Österreichs Interessen und unserer Neutralität. Genau so wird unser Land wieder in neue Konflikte und Kriege hineingezogen.

## An der Seite der EU gegen die NATO?

Wird die Neutralität, also die Nichtteilnahme an Konflikten und Kriegen, nicht wirklich betrieben, dann

wird es darauf hinauslaufen, dass Österreicher\*innen an der Seite von und unter Kommando von EU/ Deutschland und NATO (wieder) „gegen Osten“ in den Krieg ziehen sollen.

Dorthin führt die tägliche Praxis von ÖVP-Verteidigungsministerin Klaudia Tanner: Mitmachen bei den EU-Battle-groups, der „Schnellen Eingreiftruppe“ der EU der jüngsten Entsendung von 70 Soldaten zur EU-„Mission“ nach Mali oder das Angebot von an die NATO, österreichische Bundesheersoldaten in den Irak zu schicken.

In den Irak will die SPÖ Österreichs Soldaten nicht schicken. Beim ebenso neutralitätswidrigen Mali-Einsatz stimmt aber SPÖ-Wehrsprecher Laimer mit Tanner überein. Er dankt den Soldaten „für ihren strategisch wertvollen Auslandseinsatz in Mali“. Und er sieht darin eine Chance: „Auf europäischer Ebene ist es wichtig, auch im neutralen Österreich einen verlässlichen Partner zu haben (APA, 27.11.2021). Auch hier wieder die Taktik mit der Neutralität im Munde die Neutralität Österreichs auszuverkaufen.

**Was hat das neutrale Österreich in Mali oder anderswo zu suchen? Nichts! Österreich soll aus den Lehren seiner Geschichte eben niemals wieder ein „verlässlicher Partner“ für Militarisierung, Aufrüstung und Krieg sein!** EU und NATO betreiben aber gerade massive Aufrüstung und Kriegsvorbereitung.

## Lohn-, Gehalts- und Pensionserhöhungen fallen viel zu gering aus!

**KV:** + 3,5 % (Metall) + 2,8 % (Handel)

**Pensionen:** + 3,5% (bis 1.000 Euro)  
+ 1,5% (ab 2.333 Euro)

**Teuerung:** + 4,3 % November

**Energie:** + 30% bis + 60%

**150.000 Menschen können im Winter ihre Wohnung nicht heizen!**



Der KV-Abschluss 2020 war mit 1,45% ein Hohn, das heurige Unternehmerangebot eine Frechheit!, Die KV-Warnstreiks waren daher völlig richtig und notwendig, jedoch zu wenig vehement, zu kurz, stieg doch die Inflation schon während der PROGE-KV-Verhandlungen heftig an.

# Blah, blah, blah ...

**Auf der 26. UN-Weltklimakonferenz (COP 26) in Glasgow vom 31. 10. bis 10. 11. 2021 hat Greta Thunberg einige Reden gehalten. Hier Auszüge daraus, aus dem Englischen übersetzt.**

„Es ist kein Geheimnis, dass die COP 26 versagt hat. Es sollte klar sein, dass wir eine Krise nicht mit den gleichen Methoden lösen können, die uns überhaupt erst hineingebracht haben.“

Mehr und mehr Menschen beginnen das zu erkennen. Viele fragen sich, was notwendig ist, dass die Machthaber aufwachen. Aber um es klar zu sagen. Sie sind ganz wach, sie wissen genau was sie tun. Sie wissen genau welche unbezahlbaren Werte sie opfern um ihr bisheriges Geschäft (business as usual) aufrecht zu erhalten. Die Führer tun nichts. Im Gegenteil, sie schaffen aktiv Schlupflöcher und Rahmenbedingungen, um sich selbst zu nützen und weiterhin von diesem destruktiven System zu profitieren. Es ist eine aktive bewusste Wahl der Führer zu zulassen, dass die Ausbeutung der Menschen und der Natur fortgesetzt wird und die Zerstörung der zukünftigen und jetzigen Lebensbedingungen weiter fortschreitet. Es zeigt sich, COP 26 ist eine Reklame-Veranstaltung (public relation) wo die Führer schöne Reden halten und phantasievolle Vereinbarungen und Klimaziele ankündigen, während hinter dem Vorhang die Regierungen der Staaten des globalen Nordens es ablehnen, irgendwelche tiefgreifende Klima-Maßnahmen in die Wege zu leiten. Ihr Hauptziel ist, so sieht es aus, den status quo beizubehalten.

Das ist keine Klimakonferenz mehr. Das ist ein Festival des Grünwaschens des globalen Nordens.

Ein zwei Wochen langes Feiern des „business as usual“ und Blah, Blah, Blah. Es hat schon 26 solche Klimakonferenzen gegeben, doch wohin haben sie uns geführt? Mehr als 50% aller CO2 Emissionen sind seit 1990 ausgestoßen worden, ein Drittel seit 2005.

Nach den derzeitigen Emissionsraten wird die Chance noch unter die 1,5 Grad Celsius Klimaerwärmung zu kommen bis Ende dieses Jahrzehnts vorbei sein. Es braucht eine sofortige, drastische Reduktion der Emissionen

pro Jahr in einem Ausmaß das die Welt bisher noch nie gesehen hat. Es gibt keine rein technischen Lösungen mit denen man das nur annähernd schaffen könnte, das bedeutet, dass wir unsere Gesellschaft fundamental ändern müssen.



Die am meisten betroffenen Menschen in den am meisten betroffenen Staaten bleiben ungehört und die Stimmen der zukünftigen Generationen ertrinken im Grünwaschen, hohlen Phrasen und Versprechen der Führer.

Die Klimakrise bzw. ökologische Krise existiert natürlich nicht in einem Vakuum. Sie sind direkt mit anderen Krisen und Unrecht verbunden, die noch aus dem Kolonialismus und davor stammen, es sind Krisen, die auf der Idee basieren, dass manche Menschen bzw. Völker mehr wert sind als andere und deswegen das Recht haben, andere auszubeuten und ihr Land und ihre Ressourcen zu stehlen. Und es ist sehr naiv von uns zu glauben, dass wir diese Krise lösen können ohne die Ursache dieser Krise zu benennen.

Und die Frage, die wir uns jetzt stellen müssen, lautet: Wofür kämpfen wir? Kämpfen wir um uns selbst und das Leben auf dem Planeten zu retten oder kämpfen wir um das bisherige Geschäft (business as usual) aufrecht zu erhalten? Sie können unsere Schreie nicht mehr ignorieren, wenn wir unsere Stärke zeigen. Wir haben ihr Blah Blah Blah satt. Unsere Führer führen uns nicht. So sieht Führerschaft aus.“ Dabei zeigt Thunberg auf die Menge der Kundgebungsteilnehmer\*innen, die in Sprechchören einen Systemwechsel und mehr Klimagerechtigkeit für ärmere Staaten fordern. Auf Plakaten stand u.a. zu lesen: „Capitalism kills the planet“.

## Von Glasgow zum „Aus“ für den Lobau-Tunnel!

**Der jahrelange unermüdliche Einsatz tausender Aktivist\*innen zeigt Erfolg. Protest und Widerstand zahlen sich aus, nichts ist unmöglich!**

Der Verkehr ist einer der Hauptverursacher der Klimakatastrophe. Will man die beschlossenen Klimaziele in Österreich erreichen, muss der Frächter-(Transit)- sowie der Pkw-(Pendel-)Verkehr in 10 Jahren praktisch halbiert werden.

**Richtigerweise fragen sich manche, wofür dann die Lobau-Autobahn eigentlich gebraucht wird.**

Die „Transeuropäischen Netze“ (TEN) der EU sind nicht nur für den Frächterverkehr, sondern auch als Militärinfrastruktur vorgesehen. Dazu zählt auch der Lobau-Tunnel mit Anbindung an das OMV-Tanklager. Das ist für den Militärnachschub im Kriegsfall von großer Bedeutung – besonders für die EU- und NATO-Pläne von Militäraufmärschen gegen Osten – wie ja auch diesen Sommer wieder von der NATO mit Bundesheerbeteiligung in Österreich geübt. Daher sind Protest und Widerstand gegen den Lobau-Tunnel nicht nur für Umwelt- und Klimaschutz, sondern auch für Frieden und die Neutralität Österreichs wichtig!

Jetzt soll das Protestcamp gegen die „Stadtstraße“, die als Zubringer zum Lobau-Tunnel dient, polizeilich aufgelöst und geräumt werden. Gleichzeitig deckt man die Aktivist\*innen und alle deren man irgendwie habhaft werden kann mit existenzbedrohenden Millionenklagen ein. Das zeigt, Profit und Militärplanungen sind wichtiger als Mensch und Natur. Da sind sie sich alle einig. Egal ob die Schwarzen in der Bundesregierung, die schwarze NÖ-Landeshauptfrau, Industrie und Bauwirtschaft oder der roter Bürgermeister in Wien. Klimaschutz ist nur ein Lippenbekenntnis.





## Spitäler, Pflege: Es ist 5 nach 12!

Das war das Motto des PFLEGE-Protestes im November vor Spitälern in ganz Österreich. 400.000 Menschen sind in den Gesundheitsberufen tätig. Die Spitäler sind überfüllt. Arbeitsdruck, zu wenig Personal, zu wenig Bezahlung und Dauerstress nicht erst seit Corona bringt die Menschen an ihre körperlichen und psychischen Grenzen.  
<https://offensivegesundheits.at/5nach12/>



Einladung zur

### Online-Diskussion

Montag, 24. Jänner 2022

19.00 Uhr

## WER SOLL DIE KRISE AUSBADEN?

Anfragen und Anmeldung an:

[oesolkom@gmx.at](mailto:oesolkom@gmx.at)

Wir schicken dann den  
Anmeldelink

**Datenschutzerklärung** siehe: [www.pprosv.at.at](http://www.pprosv.at.at) unter:  
Über uns / Impressum & Datenschutz

NEIN zur Krankenkasse in  
Unternehmerhand!  
JA zur sozialen Krankenversicherung!  
Selbstverwaltung der  
Arbeiter und Angestellten in der  
Sozialversicherung wiederherstellen!



[www.prosv.at](http://www.prosv.at)

### Liebe Kolleginnen und Kollegen!

**Wir danken für die Zusendungen und Spenden auf die wir in Sinne unserer gemeinsamen Arbeit auch in Zukunft angewiesen sind.**

Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, erledigen wir unsere Arbeit nur aus den Beiträgen und Spenden unserer Leser\*innen und Aktivist\*innen. Wer unsere Auffassungen teilt, die/den laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

**Wir wünschen unseren Leser\*innen erholsame Festtage, Gesundheit und alles Gute für 2022!**

*Mit kollegialen Grüßen, das ÖSK-Team*

### Spenden-Konto

**Einzahlungen** mit beiliegendem Zahlschein  
oder per Überweisung

**Empfänger\*in:** ÖSK / **Verwendung:** Spende

**IBAN:** AT85 6000 0101 1022 7626

**BIC:** BAWAATWW

### Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

**Wir sind ein Forum** von Kolleg\*innen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen. Das ÖSK erhält sich ausschließlich aus den Spenden seiner Leser- und Aktivist\*innen.

**Impressum:** Medieninhaber, Druck und Redaktion:  
„Österreichisches Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen“, Stiftgasse 8 1070 Wien. ZVR 188951949

**Offenlegung nach § 25 Mediengesetz:** Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift „Solidarität unsere Chance“ ist zu 100% das „Österreichische Solidaritäts-komitee – Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen“, Stiftgasse 8, 1070 Wien.

Vorstand: W.Leisch, P.Düringer, H.Schmitz. Die grundlegende Linie der periodischen Druckschrift ist die des Vereins.